



LIBRARIES

UNIVERSITY OF WISCONSIN-MADISON

Aufwärts. Jahrgang 8, Nr. 3 February 3, 1955

Köln: Bund-Verlag, February 3, 1955

<https://digital.library.wisc.edu/1711.dl/EH6BSWZPF2L2B8L>

This material may be protected by copyright law (e.g., Title 17, US Code).

For information on re-use see:

<http://digital.library.wisc.edu/1711.dl/Copyright>

The libraries provide public access to a wide range of material, including online exhibits, digitized collections, archival finding aids, our catalog, online articles, and a growing range of materials in many media.

When possible, we provide rights information in catalog records, finding aids, and other metadata that accompanies collections or items. However, it is always the user's obligation to evaluate copyright and rights issues in light of their own use.

AUFWÄRTS

Anzug von der Stange

„So geht es wieder eine kurze Zeit“, sagte die alte Frau, als sie den xten Flicker auf die Hose ihres Mannes gesetzt hatte. Der Mann lächelte müde und zog die Hose wieder an. Er war Rentner. Ein sogenannter Rentnerkuli, der vorn und hinten nichts hat. Aber das besagt gar nichts gegen den Mann. Vielleicht sogar etwas für ihn, denn „um arm zu bleiben, braucht man nur ehrlich zu sein“, hat ein Arbeiterführer einmal gesagt. Er war arm, blieb arm — und hatte eine xmal geflickte Hose. Sorgen um die geflickte Hose? Schon, aber er war Sorgen gewohnt. Sie gehörten zu seinem Leben.

Anderswo hat man auch Sorgen. Nicht weit von uns. In Bonn. Dort ist sogar eine große Sorge aufgetaucht. Man will nämlich die Würde des Parlaments verbessern und meint, die Abgeordneten müßten sich anders und besser kleiden. Frack — Cut — Smoking — dunkler Anzug, das sind so die Begriffe, die in Bonn herumschwirren. Von den weiblichen Abgeordneten war bisher nicht die Rede. Vielleicht sollen sie Abendkleider tragen, damit sie würdig neben den Männern bestehen können. Von der weißen Weste ist bisher auch noch nicht geredet worden.



Sollte man auch nicht, denn die Flecken der vergangenen Zeit könnten doch auf mancher Weste dann allzu sichtbar werden. Da gäbe es Ermächtigungsgesetzflecken — NS-Flecken — SA-Flecken und sogar SS-Flecken. Das wäre nun wirklich nicht schön, wenn die dann auf einer neuen weißen Weste prangen würden. Lieber keine weiße Weste.

Von einem Einheitsanzug will man absehen, denn das war schon einmal da. Es war gar nicht schön, obwohl es sehr militärisch aussah, wenn die Stehaufmännchen in Reih und Glied standen und nachblöckten, was ein Oberverbrecher ihnen vorschrie. Nein, keine Uniformen, die sind ja schon für die Jugend vorgesehen, die wieder Soldat werden soll (nur wollen die renitenten Burschen nicht). Sie wollen einfach keine Uniform, obwohl Oberst a. D. von Claer vom Amt Blank sie ihnen in diesen Tagen wieder so recht schmackhaft machen wollte, indem er davon sprach, daß Härte und Drill bei Ausbildung der zukünftigen deutschen Soldaten alles bisher Übliche in den Schatten stellen würden. Das hat einiges Aufsehen erregt und ein lendenlahmes Dementi des Amtes Blank. Aber wir wollten ja von der Würde reden. Und von der Kleidung, die die Würde vergrößern soll. Wir meinen, es sei gleichgültig, was für einen Anzug ein Mensch anhat, wenn er im Wahlkampf Verleumdungen austreut. Auch ist der Anzug gleichgültig, wenn Blech geredet wird, denn das hängt vom Geist ab. Albert Schweitzer hat zum Beispiel fast immer einen schlechten Anzug an, aber was er redet, das hat Form, Würde und Geist.

Wir meinen, daß ein schlechtangezogenes Parlament, das Geist beweist, besser ist als ein Parlament, in dem geistlose Reden verzapft werden, obwohl die Redner in guten Schalen stecken. Im Märchen vom Hemd des glücklichen Mannes stellte es sich heraus, daß der Glückliche überhaupt kein Hemd hatte. Es könnte sein, daß die besten Parlamentarier Anzüge von der Stange tragen — aber dafür etwas in sich haben, was die Würde des Parlaments ausmacht: Gründe, die mit Geist und Humor vorgetragen werden — Toleranz genug, um Gegengründe zu achten und mit den eigenen abzuwägen — und nicht zuletzt eine friedliche Gesinnung, die gepaart ist mit einem laut schlagenden Herzen für die bedrängten Menschen unseres Volkes — und eine Gesinnung, die einfach Vorrechte — die übelsten aller Rechte — nicht gelten läßt. Ein solches Parlament, in dem solche Menschen in der Überzahl sind, hätte Würde, auch wenn alle Abgeordneten Anzüge von der Stange tragen würden.

„Das ist aber nun der letzte Flicker, den ich auf die Hose setzen kann“, sagte die alte Frau zu ihrem Mann. Und der Mann sagte: „Wenn ich mir doch wenigstens einen Anzug von der Stange kaufen könnte.“

Hans Dohrenbusch
Fotos: Heinz Held

Auf der Protestkundgebung gegen die Pariser Verträge hielt Pastor Ernst Lange am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche eine Rede, die wir hier ungekürzt abdrucken. Außerdem wurde in Frankfurt das „Deutsche Manifest“ einstimmig angenommen (siehe unser Bild).

Liebe Freunde!

Es ist ja längst kein Geheimnis mehr, daß ein großer Teil der jungen Generation Deutschlands diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zur Wiederaufrüstung in West und Ost leidenschaftlich nein sagt. Ich weiß nicht, wie viele wir sind. Aber wir sind zahlreich, und wir kommen aus allen Lagern. Unter uns sind Arbeiter und Studenten, Schüler und Lehrlinge, Jugendliche und junge Erwachsene. Wir sind in den Gewerkschaften, den politischen Parteien und in den Kirchen. Aber man hört unsere Stimme nicht. Und wo man sie hört, da verharmlost man sie. Und wo man sie nicht verharmlost, da mißverstehen man sie.

Wir glauben, daß wir ein Recht haben, zu reden und gehört zu werden. Viele unter uns tragen die Spuren des letzten Krieges an ihrem Leibe; alle, die Älteren wie die Jungen, tragen sie in ihren Herzen. Wir sind erst im Anfang, und dieser Anfang ist schon überschattet von den Folgen tödlich falscher Entscheidungen, die vor 20 Jahren, längst vor unserer Zeit, gefallen sind. Heute geht es nicht um minder weittragende Entscheidungen. Wir werden bis an unser Lebensende die Konsequenzen zu tragen haben. Will man es uns wirklich verübeln, daß wir unsere Stimme erheben? Wir glauben, daß wir das Recht und die Pflicht dazu haben.

Wir sagen nein zu den Pariser Verträgen, weil wir glauben, daß sie die Trennung unseres Landes auf unbestimmte Zeit besiegeln werden. Wir unterscheiden den Anhängern der Wiederbewaffnung nicht, daß sie an der Wiedervereinigung Deutschlands nicht interessiert sind, aber wir sind fest davon überzeugt, daß das Ziel der Wiedervereinigung nur auf dem Weg der Verhandlungen hier und heute zu erreichen ist, und wir sind unruhig und enttäuscht darüber, daß man die Zeit der Verhandlungen ungenutzt verstreichen läßt, um der zweifelhaften Hoffnung willen, man werde, wenn man erst Armeen hat, die Sowjet-Union aus Mitteldeutschland herausdrehen können.

von den Siegern des letzten Krieges, sondern vor allem durch das Schicksal unseres eigenen Volkes gestellt worden ist, ernst genommen. Wir haben uns nicht leichten Herzens zu der Erkenntnis durchgerungen, daß unser Volk mit seinen Waffen unermeßliches Elend über die Welt gebracht hat. Wir waren und sind bereit, die Konsequenzen zu ziehen. Und es empört uns, wie rasch der Wind völlig umgeschlagen ist. Wir sehen den alten Ungeist sich jetzt schon wieder unter uns ausbreiten. Wir sehen die alten Gesichter in den Zeitungen und Filmen. Wir lesen die alten Schlagwörter wiederum in den Zeitungen, und wir fragen uns, wie das weitergehen soll wenn erst wieder Uniformen auf unseren Straßen sind. Schon heute ist ja nahezu jede Überzeugung wieder salonfähig, sofern sie nur antikommunistisch ist. Das kann gar nicht anders sein in der Atmosphäre des kalten Krieges mitten im eigenen Land. In dem Maße, in dem die Revolution drüben weitergeht, werden sich alte verderbliche Mächte hier wieder zu regen beginnen. Wiederbewaffnung zu diesem Zeitpunkt und in dieser Lage aber heißt, ihnen ausdrücklich die Bahn frei machen. Daran können auch die besten Pläne der Demokratisierung der Armee nichts ändern. Wir Jungen sagen ja zur Demokratie, weil sie es uns gestattet, als Menschen zu leben. Wir möchten die schüchternen Ansätze demokratischen Lebens in unserem Land nicht in Gefahr sehen. Wir möchten sie entwickeln, und wir glauben, daß wir sie in einem gespaltenen Deutschland und ohne die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs nicht entwickeln können. Darum sagen wir nein zu den Verträgen und bitten inständig, daß jede, auch die geringste Chance zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung benutzt wird. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Wir sagen nein zu den Pariser Verträgen auch um der Ziele willen, die der Westen ausdrücklich auf seine Fahnen geschrieben hat, Frieden und Freiheit. Wir glauben, daß in der Politik der Stärke, in deren Zeichen die beiden Teile Deutschlands gegeneinander bewaffnet werden sollen, in Wahrheit eine Politik der Angst ist. Angst schafft nie echten Frieden. Angst zwingt heute die beiden Blöcke, ins Grenzenlose gegeneinander aufzurüsten und mit Vernichtungswaffen zu rechnen, deren Anwendung unter gar keinen Umständen und von niemand verantwortet werden kann. Solches Wettrüsten wird, wenn nicht an irgendeiner Stelle eine andere Entwicklung in Gang kommt, eines Tages zum Krieg führen müssen. Wer den Knüppel erst erhoben hat, muß ihn schließlich auch fallen lassen. Aber selbst wenn das vermieden werden könnte, freies und menschliches Leben wird auf die Dauer in die-

litären Mächten rechts und links immer mehr der Boden entzogen wird. Und bei alledem haben wir keine Zeit zu verlieren.

Wir stellen fest: Wir jungen Menschen, die so denken, sind weder Kommunisten, noch Nihilisten, noch Drückeberger. Wir sind freilich keine jugendlichen Idealisten. Wir haben kein Zutrauen zu den großen Worten mehr. Unsere Augen leuchten nicht mehr, wenn man an unsere soldatischen Tugenden und Instinkte appelliert. Denn unser Wunsch ist es, unser kleines alltägliches Leben möglichst friedlich und frei und menschlich leben zu können. Höhere Ziele haben die meisten von uns in der Tat nicht. Höhere Ziele machen uns mißtrauisch. Aber wir glauben, daß unsere Ziele und Wünsche keine schlechten Ziele und Wünsche sind. Mit dem „Ohne-mich-Standpunkt“ haben sie jedenfalls ebensowenig etwas zu tun wie mit zynischer Unbeteiligtheit am Geschick unseres Volkes. Man soll uns diese Vorwürfe ersparen. Wir lieben unser Land ebenso sehr, wie die Anhänger der Wiederbewaffnung es tun. Wir lieben es als ein Land, in dem man menschlich leben kann. Und weil wir es auf diese Weise lieben, darum glauben wir nein sagen zu müssen zu den Wiederbewaffnungsplänen und ja zu den sofortigen Verhandlungen über die Wiedervereinigung.

Ich weiß nicht, wie viele wir sind, aber wir sind zahlreich. Wir kommen aus allen Lagern, und wir bitten die Verantwortlichen unseres Landes: Hört uns! Hört uns, ehe es zu spät ist, wir haben keine Zeit zu verlieren.

Deutsches Manifest

Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen.

Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart — ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß — hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken.



Die beiden Teile Deutschlands und die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands leben sich mit rasender Geschwindigkeit auseinander. Schon heute sprechen wir kaum mehr dieselbe Sprache. Die junge Generation, die drüben in Mitteldeutschland jetzt heranwächst, redet anders, denkt anders, fühlt anders, arbeitet anders und lebt anders als wir. Jedes Jahr wird der Abstand größer und die Entfremdung stärker. Aber wir gehören zusammen. Es gibt kaum eine Familie in Deutschland, die nicht vom Osten nach dem Westen und vom Westen nach dem Osten reichte. Die Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs sind aufeinander angewiesen, politisch, wirtschaftlich und kulturell und vor allem einfach menschlich. Nein, wir haben keine Zeit zu verlieren. In ein paar Jahren schon kann es für die Wiedervereinigung zu spät sein.

Wir sagen nein zu den Pariser Verträgen auch um unserer selbst willen. Wir glauben nicht, daß wir ein Recht haben, heute schon wieder, zehn Jahre nach dem letzten Krieg, Waffen in die Hand zu nehmen. Nein, wir glauben nicht, daß irgend jemand ein Recht hat, sie uns heute schon wieder in die Hand zu zwingen. Wir haben die Aufgabe der Umerziehung, der Umbesinnung, die uns nicht nur

ser Atmosphäre kalten Unfriedens nicht gedeihen. Ganz zwangsläufig verstärken sich in dieser Atmosphäre auch im Westen die totalitären Tendenzen. Ganz zwangsläufig werden in ihr auch die ohnehin schwachen Ansätze zu einer Lockerung der Zustände im Ostblock schon im Keim erstickt. Man kann der Sache des Friedens und der Freiheit keinen schlechteren Dienst erweisen, als auf diesem Weg der Angst und des Mißtrauens weiterzugehen.

Selbstverständlich spielt unser Land in diesem Riesenkrieg nur eine untergeordnete Rolle, aber wir glauben, daß es durch ein Nein zu den Pariser Verträgen die verderbliche Entwicklung wenigstens an einer Stelle aufhalten kann. Wir glauben, daß unser Land durch entschlossenes Verhandeln über die Wiedervereinigung wenigstens an einer Stelle den Ansatz zu einer Entspannung im Weltkonflikt schaffen kann. Wir glauben, daß unser Land durch die Abkehr von der sogenannten Politik der Stärke Bedeutsameres zur Wiedervereinigung tut als durch alle Integrationsbereitschaft. Wir glauben, daß durch den Verzicht auf die Pariser Verträge der Weg frei sein wird zu einer wirklichen Neugestaltung deutschen Lebens in sozialer und politischer Hinsicht, und daß damit den tota-

Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden. Unermeßlich wäre die Verantwortung derer, die die große Gefahr nicht sehen, daß durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür zu Viermächte-Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zugeschlagen wird.

Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen.

Die Verständigung über eine Viermächte-Vereinbarung zur Wiedervereinigung muß vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben. Es können und müssen die Bedingungen gefunden werden, die für Deutschland und seine Nachbarn annehmbar sind, um durch Deutschlands Wiedervereinigung das friedliche Zusammenleben der Nationen Europas zu sichern.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung!



Heinz Held
fotografiert die 3. Folge unserer Serie:
„10 Jahre danach“:

Bonn - die verschämte Schöne

Der AA-Bewacher, in blauem Mantel und Tschako, ließ seine Patrouille Patrouille sein, rieb sich die kalten Hände und plauschte ein wenig mit mir. Ich: „... wird Zeit, daß die Koblenzer Straße verbreitert wird.“ Er: „... ja, höchste..., so is' se 'ne Straße für Männer mit Bärten, ... für Kutschfahrten...“

Der Bewacher der weißen Villa Hammerschmidt, ebenfalls in blauem Mantel und Tschako, warf Steinchen durchs Gitter des Parks. Zwei Hunde hetzten danach. Die Hunde des Präsidenten..., Bundespräsidenten natürlich. Weil ich einen der beiden unterm goldenen Bundesadler des gußeisernen Portals fotografieren wollte, lockte der Beamte das Tierchen mit Schnalzlauten an.

Die Bonner Bundespolizisten sind also menschenfreundlich. Sie können zweifellos mit ihren Kollegen, den Flics in Paris und den Bobbys in London, konkurrieren. Nicht konkurrieren kann dagegen ihre Straße. Beim besten Willen nicht. Die Koblenzer Straße zu Bonn ist kein Quai d'Orsay und keine Downing Street. Sie ist noch nicht mal eine gute alte Wilhelmstraße. Daran ändert auch das Bonner Bauamt nichts, das sie summa summarum als historisch unter Denkmalschutz stellen will.



Bonn ist allerdings auch kein Paris. Kein London. Und erst recht kein Berlin.

Bonn ist eine verschämte Schöne. Oben hui und unten zwar nicht gerade pfui, aber...

Zehn Jahre danach, nach Kriegsende nämlich, hat sie sich zwar mit 17 000 blinkenden Fenstern an neunstöckigen, achtstöckigen, siebenstöckigen, sechsstöckigen und einigen niedrigeren Bundesbauten drapiert (Kostenpunkt, alles in allem 3,3 Milliarden), aber sie trägt, wenn auch ohne Stolz, daneben noch den blinden Schmuck der Stuckembleme, schmiedeeisernen Schnörkel und frommen Hausprüche aus Großmütterleins Jugend. Ja, unterm modernen Gewand von heute scheint allüberall die verschlissene Unterwäsche von gestern durch.

Die verschämte Schöne hat halt kein Geld.

Da sind zum Beispiel an der ehemaligen Residenz bajuwarischer Kurfürsten, der heutigen Universität am Anfang der Koblenzer Straße, noch die Fenster mit Brettern vernagelt. Ein Stück weiter liegt noch das exklusive Königshof-Hotel — zum Leidwesen von vierzig Bonner Botschaftern und Gesandten — in Schutt und Asche. Wieder weiter steht neben der neuen griechischen Botschaft die leere Fassade eines behaglichen Bürgerhauses. Ein niedliches Fachwerkgebäude hält Tuchfühlung mit dem hochpiekfeinvornehm-modernen Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. Gegenüber dem Auswärtigen Amt parken Diplomatenwagen auf dem Bürgersteig, weil die Straße zu schmal ist. Noch weiter, da wächst neben dem alten Palais Schaumburg, dem Bundeskanzleramt, ein Riesenhaus des Presse- und Informationsamtes aus einem Garten. Und das Bundeshaus gar liegt gegenüber einem Brachfeld, auf dem die Bonner Bengel Räuber und Schanditz spielen.

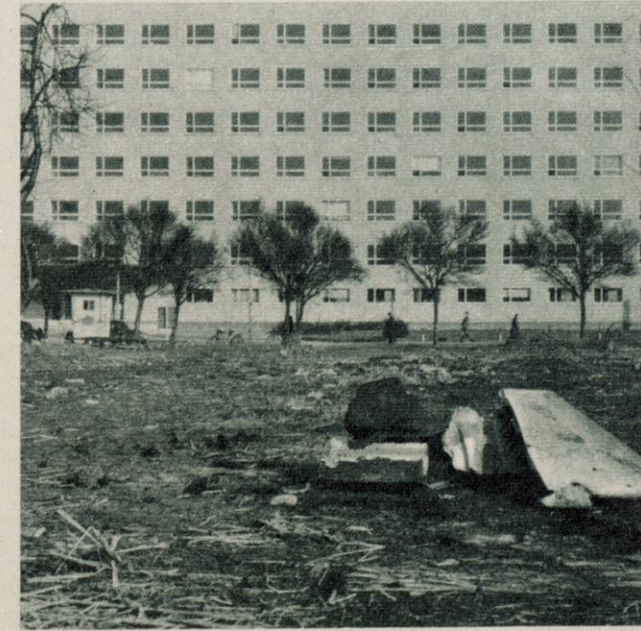
Unsere Schöne konnte kaum ihre 9800 durch den Krieg ramponierten Schmuckstücke, lies Wohnhäuser, reparieren, da rückten schon die Bundesministerien an und in ihrem Gefolge Alliierte, ausländische Missionen, Parlamentarier, über 250 Wirtschaftsverbände und so weiter und so fort. Und allesamt kamen sie mit Troß. Und alle hängten ihr neue „Geschmeide“ an. Aber alle forderten auch von ihr, daß sie sich von der besten Seite zeige. Mit bestem Theater, bestem Orchester, mit besten Restaurants, politischen und literarischen Salons, Klubs, Kinos, Wohnsiedlungen, Straßen, Brücken und was weiß ich noch alles. Das konnte natürlich nicht gut gehen. Wenn unserer Dame

auch das Land Nordrhein-Westfalen beisprang, sie ist und bleibt wahrscheinlich trotzdem die meistverschuldete Stadt an Rhein und Ruhr.

Die Bonner Bundesbürger fühlen sich darob nicht wohl. Sagte einer, als ich dort war: „...meine Ruhe is' mer lieber... 'n paar Touristen... unsere Studenten und damit basta“. Sagte ein anderer: „Schade, daß unsere Kaserne den Bundesministerien weichen mußte! Der Mann war 'n Kamerad vom Bonner „Beritt“ der königstreuen 15. Königshusaren. Sein Führer: Viktor Ewald vom Bundesministerium für Wirtschaft. — Die Bonner Studenten wollen auch nicht über ihre Meinung zum Wehrbeitrag gefragt werden. Sie stanken kräftig gegen einen solchen Plan des Verbandes deutscher Studentenschaften an. Fürchten wohl Offenbarung staatsfeindlicher Gesinnung! Wat!? Wieder ein anderer, auch als ich dort war: „Mir fröstelt's, wenn ich an Berlin denke.“ Die Bonner Bürger erinnern sich nämlich manchmal, daß ihre Stadt eigentlich gar nicht die richtige Hauptstadt ist. Denn: was dann, wenn Bundespräsident, Bundeskanzler, Ministerien, Parlamentarier, diplomatische Missionen, Wirtschaftsverbände und Troß die Möbelwagen packen und via Achse gen Osten ziehen? Dann hängen unserer verschämten Schönen 17 000 blinkende Bundesbautenfenster am Hals, und sie weiß damit nichts anzufangen. Touristen? Die interessieren sich nicht für Fenster, solange keine großen Tiere dahinter sitzen. Fenster haben sie zu Hause selbst. Die wollen Rhein. Industriekapitäne? Die mieten nicht wegen schöner blauer Augen. Die verlangen handfestere Sachen. Und die hat Bonn, die verschämte Schöne, eben leider, leider — nicht zu bieten.

Gegenüber dem Auswärtigen Amt auf der Koblenzer Straße steht eine Litfaßsäule. Auf der klebt ein Plakat. Da steht drauf „... verhandeln...“ Es ist ein Plakat der SPD. Das halbe P und das ganze D sind zwar raffinierterweise von anderen Zetteln überklebt. Vielleicht weil den Bonner Bürgern des „Beritts“ solche Parolen mißfallen. Vielleicht auch, um schlangenklingelnd das mit Kreide aufgemalte KPD lesbarer zu machen. Aber — Herr Adenauer, Herr Hallstein und die vielen anderen Herren des AA jedenfalls sollten doch das KPD geflissentlich übersehen.

Sie sollten nicht immer „Njet“ sagen. Die verschämte schöne Bonna wird's verwinden, vom Guten für uns alle ganz abgesehen... Sie, die Schöne, findet sich gewiß in ihre ursprüngliche Rolle der würdevollen Mama zurück. Denn: europäische Hauptstädte werden eben aus anderem Holz geschnitzt.





Die Erschießung des Soldaten Slovik

Von Rolf Egon Palm

GEFAHR Im Fernen Osten ist die politische Lage durch die letzten Erklärungen Eisenhowers und des chinesischen Ministerpräsidenten Tschuenlai erneut bedrohlich geworden. Die USA sind ebenso gewillt, die noch von den Nationalchinesen besetzte Insel Formosa zu verteidigen, wie die Volksrepublik China darauf besteht, sie zu „befreien“. Während sich auf der einen Seite verschiedene westliche Staaten bemühen, den Konflikt über die UNO zu regeln, demonstrieren auf der anderen Seite bereits Luft- und Seestreitkräfte der USA, und die chinesischen Erdtruppen besetzen dem Festland vorgelagerte Inseln.

— Beispiel, wie leicht die „Politik der Stärke“ zur „Politik des Leichtsinns“ werden kann.

FRAGLICH In einer vielbeachteten Verlautbarung hat der Oberste Sowjet, das Parlament der Sowjet-Union, die Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjet-Union und Deutschland erklärt. Diese Erklärung bezieht sich auf Gesamtdeutschland. Politiker der verschiedenen Parteien in der Bundesrepublik leiteten daraus die Hoffnung ab, daß Rußland nunmehr sämtliche noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen in ihre Heimat entlassen werde.

— Ob die Russen es auch dann tun werden, wenn sie damit rechnen können, sie demnächst in amerikanischen Uniformen wiederzusehen?

VERSPÄTET Der Streik, mit dem die Ruhrarbeiter gegen Generaldirektor Reuschs Diffamierung der Mitbestimmung protestierten, hat unter anderem den Erfolg gehabt, daß sich die Mehrzahl der deutschen Politiker, einschließlich des Bundeskanzlers, von den Äußerungen des Direktors der Gutehoffnungshütte distanzieren. Freilich zumeist erst, als die Durchschlagskraft des Streiks nicht mehr zu leugnen war, und selbstverständlich nicht ohne den berühmten erhobenen Zeigefinger gegen die Gewerkschaften.

— Früher wäre aufrichtiger gewesen und hätte wahrscheinlich sogar den so bejammerten Streik überflüssig gemacht.

PEINLICH „Die Ausbildung des zukünftigen deutschen Soldaten wird ein Ausmaß an Härte und Drill erforderlich machen, das das bisher Gewohnte weit überschreitet“, erklärte Oberstleutnant a. D. von Claer von der militärischen Abteilung des Amtes Blank vor den Kreisdelegierten des Verbandes der Heimkehrer in Bonn. Entsetzter Kommentar von Theodor Blank: „Ja, muß Derartige denn ausgerechnet im gegenwärtigen Augenblick gesagt werden?“

— Da unsere ohnehin einschlägigen Kenntnisse vom Kommiß hierdurch nur vorteilhaft erweitert werden können, sind solche Äußerungen sogar ungemein interessant!

ISOLIERT Bei der Abstimmung über die Pariser Verträge im Rechtsausschuß des Bundestages haben dem Saarabkommen nur die fünfzehn Vertreter der CDU/CSU zugestimmt. Zwölf Abgeordnete der SPD und FDP stimmten dagegen, während sich die beiden BHE-Mitglieder und der Vertreter der Deutschen Partei der Stimme enthielten.

— Wird der Kanzler also letzten Endes alles auf seine eigene Kappe und die seiner Partei nehmen müssen?

ERKENNTNIS Der im Koreafeldzug noch sehr kriegerische US-General Douglas MacArthur forderte an seinem 75. Geburtstag jetzt die Achtung des Krieges. Seine Begründung: „Als ich in die Armee eintrat, war es das Ziel, dem Feind mit dem Gewehr, dem Bajonett oder dem Säbel einen Verlust beizufügen. Dann kam das Maschinengewehr, dazu bestimmt, Dutzende zu töten. Ihm folgte die schwere Artillerie, Hunderten den Tod zu bringen. Durch die Fliegerbombe kamen Tausende, durch die Atombombe Hunderttausende um. Jetzt arbeiten wir mit ruhelosen Händen in dunklen Laboratorien daran, die Mittel zu finden, um alle auf einen Streich zu töten.“

— Beachtenswerte Erkenntnis, freilich — der Tod, den jeder nur als einzelner erlebt, war immer schon derselbe!

HOLLA! „Sprechen Sie nicht soviel von den Pariser Verträgen, die kennen Sie nicht, die kenne ich ja nicht mal“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Holla seinen verblüfften Zuhörern in einer Kundgebung der Jungsozialisten im Rheinhausener Stadttheater.

— Da Holla zu den Befürwortern dieser Verträge gehört, wäre das übrigens durchaus denkbar.

Sie hatten ihm die Hände gefesselt, und über die Schultern hatten sie ihm eine Decke geworfen. Vor ihm gingen der Major und der Regimentskaplan. Hinter ihm kamen zwei Sergeanten, die jeder das Ende eines Seiles hielten, mit dem sie ihn gefesselt hatten. Dann kam noch einer mit einer Tragbahre. So wurde der Soldat Eddie Slovik, 23 Jahre alt, am 31. Januar 1945, morgens 9.56 Uhr, in den von einer 2,25 Meter hohen Mauer umgebenen Garten des dreistöckigen Hauses Nr. 86 in der „Rue de General Dourgeois“ in dem kleinen ostfranzösischen Bergarbeiterstädtchen St. Marie-aux-Mines zu seiner Hinrichtung geführt. Er ist der einzige amerikanische Soldat, der seit 1864 wegen Fahnenflucht erschossen worden ist. Der einzige von 40 000 Amerikanern, die im letzten Krieg desertierten. Der einzige von 2864, die wegen dieses „Verbrechens“ vor einem Kriegsgericht gestanden haben. Der einzige von 49, die deswegen zum Tode verurteilt worden waren. Er war der einzige, an dem sie das Urteil vollstreckten. AUFWÄRTS bringt genau zehn Jahre danach die erregende Geschichte des einfachen Jungen Eddie Slovik, der lieber ein guter Ehemann und fleißiger Arbeiter sein wollte als Soldat — so wie sie der amerikanische Reporter William Bradford Huie in seinem in Deutschland noch nicht veröffentlichten Buch zusammengetragen hat. Der einzige Fall einer Hinrichtung wegen Desertion — Nur ein Leben —

„Sie erschießen mich nicht, weil ich desertiert bin. Sie erschießen mich, weil ich mal Brot gestohlen hab‘, als ich zwölf Jahre alt war!“ Das war einer der letzten Sätze, die Slovik vor seiner Hinrichtung sprach. Eddie war ein Junge aus dem Elendsviertel von Detroit. Er hatte eine armselige Jugend gehabt. Die harte Jugend, die man eben hat, wenn man in einem Elendsviertel geboren ist. Als Eddie zehn oder elf Jahre alt war und bei einem Bäcker arbeiten mußte, nahm er heimlich Brot mit nach Hause. Er kam unter Fürsorgeaufsicht, ein paarmal ins Kitthen, und schließlich landete er mit knapp 18 Jahren in der Besserungsanstalt Ionia.

Hier gab ihm das Leben zum erstenmal eine wirkliche Chance: Der Erzieher Harry Dimmik erkannte Eddies guten Kern unter der schmutzigen Schale, die das Elendsleben von Hamtramck darum gekrustet hatte. „Niemals habe ich einen Jungen gehabt, der mir mehr ans Herz gewachsen wäre“, erinnert sich Harry Dimmik heute noch. „Er war gutmütig, ein fleißiger Arbeiter, und mit einem bißchen Glück, habe ich immer gedacht, würde noch ein anständiger Kerl aus ihm werden.“

Eddie hatte das bißchen Glück, und er wurde ein anständiger Kerl. In der Installationsfirma Montelli, wo er für 50 Cent die Stunde arbeitete, kam er mit Antoinette zusammen, die fünf Jahre älter war als er und die seine Frau wurde. Sie hatte eine starke Hand, die einen Menschen führen und leiten konnte, und das war das, was Eddie brauchte. Sie trieb ihn an, bis er mit Überstunden mehr als das Doppelte und Dreifache verdiente, damit sie sich eine Wohnung, neue Möbel und einen Wagen leisten konnten.

Sie sahen bestimmt nicht aus wie das Happy-End-Paar aus den Hollywoodfilmen. Sie waren nur eines von den Millionen unscheinbaren, fleißigen Arbeiterhepaaren. Und sie waren glücklich. Daß inzwischen draußen in der Welt die dramatischsten Höhepunkte des zweiten Weltkrieges den Erdball erschüttert hatten, El Alamein, Sizilien, Stalingrad, konnte ihrem jungen Glück nichts anhaben: Eddie war wegen seiner körperlichen Gebrechen untauglich geschrieben worden. Und wegen seiner Vorstrafen.

Dann kam ihr erster Hochzeitstag. Der 7. November 1943. Sie wollten ihn zum glücklichsten Tag ihres jungen Lebens machen: Sie zogen in die neue Wohnung ein, sie hatten sich die neuen Möbel gekauft, und sie hatten ihr erstes eigenes Auto. Sie mußten sich das Geld dafür vom Mund absparen: 38 Dollar Miete, 70 Dollar die monatliche Möbelrate, 16,75 für den alten Pontiac-Wagen. Und alles bei 1,40 Dollar Stundenlohn. Aber sie liebten jede Minute ihres Kampfes. Den Abend wollten sie zu Hause feiern und einfach glücklich sein und in ihrem neuen Wohnzimmer sitzen und sich die Hände halten und sich in die strahlenden Augen starren.

An diesem Abend bekam Eddie seinen Gestellungsbefehl. Denn mittlerweile war Eddie mit seinen kranken Beinen und seinen Vorstrafen in der Jugend nicht mehr zu schlecht für die Armee. Menschenmaterial war knapp geworden. Der Feuerofen des europäischen Kriegsschauplatzes verlangte nach neuem Brennstoff. Die Tränen standen Eddie in den Augen, als er den Brief in der Hand hielt: „Jetzt holen sie mich! Jetzt! Vor anderthalb Jahren, als ich aus dem Kitthen kam, als ich nichts hatte, da wollten sie nichts von mir wissen! Aber jetzt — wo ich geheiratet habe, wo meine Frau ein Kind erwartet und wo ich etwas habe — jetzt holen sie mich!“

Diese letzten Tage ihres untergehenden Glücks zerquälten sich Eddie und Antoinette mit bangen Fragen: Würden sie alles behalten können? Nur 55 Dollar würde Eddie ihr im Monat schicken können. Aber die Möbel kosteten allein 70. Und die Miete, der Wagen, Lebensunterhalt? Und wenn Antoinette nicht weiter arbeiten könnte? Und wenn jetzt das Kind kam?

In den 372 Tagen von seiner Einberufung bis zu seiner Hinrichtung schrieb der einsame Junge an seine Frau 376 Briefe. Oft vier an einem Tag. Briefe unbändiger Sehnsucht, unsagbarer seelischer Qual. Hier sind ein paar Ausschnitte:

„Liebling, ohne dich bin ich blind. Du warst das Licht in meinem Leben. Du hast mich überhaupt erst auf die Füße gestellt. Du hast überhaupt erst einen Mann aus mir gemacht. Ohne dich wäre ich mein ganzes Leben lang nur ein »Vorbefrafter« geblieben. Vielleicht wäre ich immer noch im Gefängnis.“

„Am liebsten würde ich hier durchbrennen. Hier ist es schlimmer als in einem Rattenloch...“

Dabei ist Eddie nicht einmal unempfänglich für den Talmiglanz des Militärs. Von einer Parade mit Musik und Flaggenhissung schreibt er einen begeisterten Brief. Aber der Krieg interessiert ihn kein bißchen. Nichts ist für Eddie wichtiger als seine Frau.

„Mutti, ich begreife nicht, warum sie uns das angetan haben. Wir lieben uns doch viel zu sehr, um so getrennt zu werden. Wenn wir gemein zueinander gewesen wären, dann hätten wir es verdient. Warum konnten sie uns nicht in Ruhe lassen...“

„Gestern haben wir einen Gepäckmarsch gemacht, und einer von uns ist umgekippt. Sie machen uns fertig, bis wir umfallen, und dann scharren sie ein Loch und schmeißen einen rein. Das kotzt mich alles an. Schade, daß ich nicht ein halbes Jahr ins Zuchthaus komme, da kannst Du mich wenigstens besuchen...“

„Ich kann nicht begreifen, wie man so gemein sein kann. Da nehmen sie einen ehrlichen Menschen, stecken ihn in die Armee und behandeln ihn wie eine Meute Hunde...“
„... es ist unser Leben, das verlorengeht, und sie wollen uns damit nicht tun lassen, was wir damit wollen. Jedemal, wenn sie etwas vorhaben, trifft es uns. Aber wenn wir mal was vorhaben, behandeln sie uns wie Hunde. Das Schlimme mit den Leuten zu Hause ist, daß sie meinen, Soldatsein wäre ein Leben wie in Rosen gebettet.“

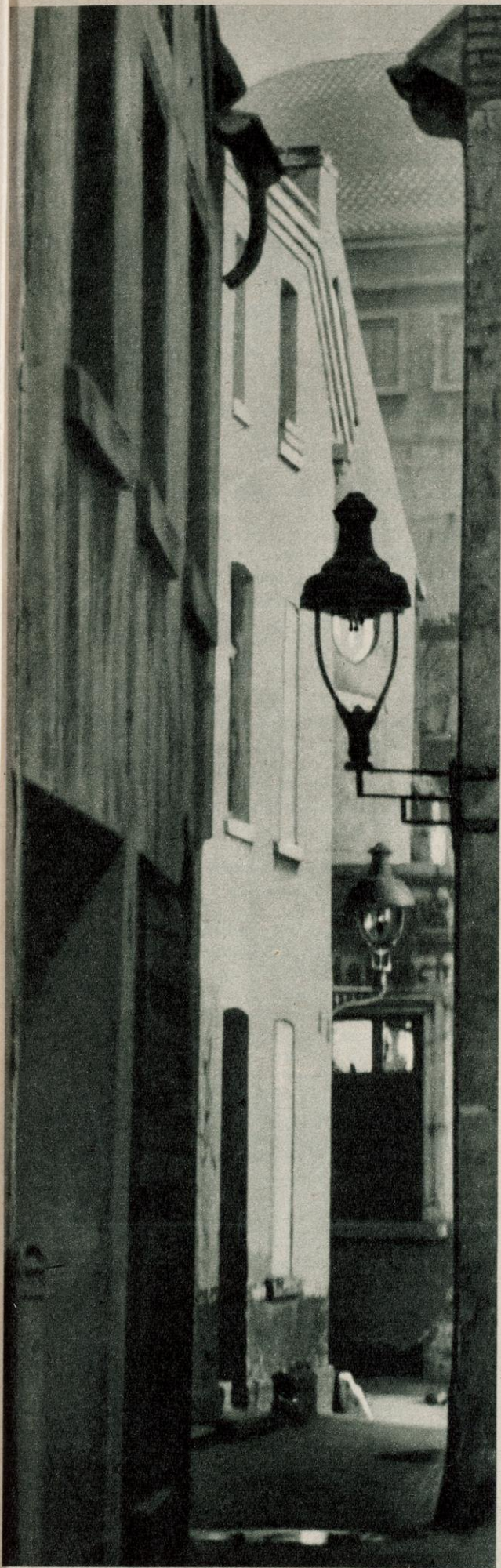
Dann beginnen die Briefe den verzweifelten Kampf um einen Urlaub zu erzählen. Denn Antoinette ist schwer krank. Antoinette und Eddie schreiben sich die Finger wund mit Anträgen, Eingaben und Gesuchen. Einmal kommt eine Beamtin vom Roten Kreuz zu ihr. Antoinette erzählt es: ... Ihr Vorschlag war, ich soll einfach die Miete nicht mehr bezahlen, dann hätte ich mehr Geld für Essen. Als ich sie fragte, was ich denn tun sollte, wenn ich die Kündigung kriegte, sagte sie einfach, dann müßte ich einfach die Möbel verkaufen und ein möbliertes Zimmer nehmen...“

Antoinette ist fast am Ende. Sogar an Präsident Roosevelt schreibt sie. Sie erzählt ihm alles. Sie bekommt auch ein Schreiben, in dem der Eingang ihres Briefes bestätigt wird. Und dabei bleibt es. Antoinette gibt die Hoffnung auf. Es ist wohl überall das gleiche Lied: „Der Dank des Vaterlandes...“

Erst fünf Monate später darf Eddie einmal für elf Tage nach Hause. Aber sogar in dieser Zeit muß er arbeiten, um noch etwas Geld aufzubringen. Antoinette hat ihre Uhr ins Pfandhaus bringen müssen, um ihrem Mann den Urlaub ein bißchen nett machen zu können. Das Möbengeschäft mahnt die Raten, der Hauswirt die Mieten, den Wagen haben sie ohnehin nicht mehr. In einem Brief vom 24. Juli 1944 zieht Eddie das traurige Fazit seines Lebens: „Ich glaube, ich habe Pech gehabt, seit ich geboren bin. Fünf Jahre war ich eingesperrt, als ich raus kam, war ich zweiundzwanzig. Als ich heiratete, war ich zwei-

Fortsetzung Seite 6

AUFWÄRTS Jugendzeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Verlag: Bund-Verlag GmbH., Köln-Deutz, Schließfach 6. Verlagsleiter: Wilhelm Biedorf. Verantwortliche Schriftleitung: Hans Dohrenbusch. Graphische Gestaltung: Willy Fleckhaus. Telefon 8 04 81. AUFWÄRTS erscheint alle 14 Tage. Bestellung bei allen Jugendfunktionären und Postanstalten. Bezugspreis durch die Post vierteljährlich 1,15 DM zuzüglich Zustellgebühr. Unverlangt eingesandten Manuskripten muß Rückporto beigelegt werden. — Kupfertiefdruck: M. DuMont Schauberg, Köln.



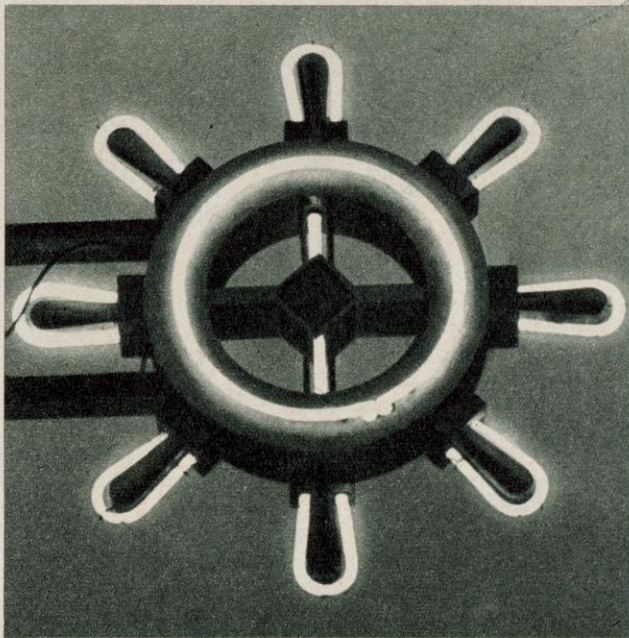
Benny macht große Augen, als er durch Ruhrorts krumme Hafengassen stiefelte. Ein Klein-St.-Pauli mitten im Binnenland! Nur nicht ganz so lebhaft. Hier wohnen nämlich überwiegend ehrbare Schiffers- und Arbeitsleut' und auch Kleinbürger und Handwerker. Alle zusammen finden ihre romantischen Binnen-Hafengäßchen gar nicht so romantisch, weil die Sonne nicht bis auf den Grund scheinen kann und auch die Luft nicht immer sehr gut ist. Aber Benny machte trotzdem große Augen. Es sah so nach St. Pauli aus, und wenn sich eine Kneipentür öffnete, wehte der Winterwind sogar Musikfetzen durch die Gassen.



Benny wollte auch mal was erleben Jetzt wird auf die Pauke gehauen! Klein-St.-Pauli liegt mitten im Binnenland

Die „Therese“ hat einen neuen Leichtmatrosen. „Therese“ ist ein mächtiger Rheinschlepper. Der neue Leichtmatrose ist Bernhard aus dem schönen Switzerland. Seitdem Bernhard auf „Therese“ ist, läßt er sich „Benny“ rufen — es klingt flotter, meint er. Bernhard oder Benny möchte nämlich gern ein flotter „blauer Junge“ werden. Und da es in seinem Heimatland keine donnernden Meereswogen gibt, begnügt er sich erst mal mit der Rhein-Marine. Auch von ihr verspricht er sich einiges an Abenteuern. Kleine Enttäuschung, als sich der tägliche Kram als sehr hart und wenig abenteuerlich erwies! Doch als die dicke „Therese“

kürzlich in Duisburg Anker warf, da sagte Benny: „Jetzt wird aber mal auf die Pauke gehauen!“ In Duisburg-Ruhrorts Straßen traf ihn unser Fotograf Udo Hoffmann. Der ging mit „auf die Pauke hauen“ und schaute dabei dem Benny über die Schulter. Schade, daß wir kein Porträt von unserem Leichtmatrosen haben. Der wollte nicht. Benny versuchte nämlich gerade, sich einen „Bart stehenzulassen“. Und just waren die Stoppeln in einem Zustand, wo man erschreckt wird, wenn der Blick auf einen Spiegel fällt. Trotzdem wollte Benny auch mal was erleben. Deshalb: Hinein in die Hafenkneipen von Duisburg...



Das Steuerrad ist Bennys große Liebe. Er möchte dessen Speichen mal in den Fäusten spüren, wenn die Wellen auf offenem Meer hochgehen. Allerdings nicht diese neongesäumten, nein, richtige kernige Eichenspeichen. Immerhin, als das Neonlicht in der Abenddämmerung aufleuchtete, rief Benny: „Vollampf voraus! Dort gehen wir vor Anker!“ Breitbeinig, wie es sich für jeden echten Seemann ziemt, überquerte er die Straße. Vor der Tür rückte er die Mütze unternehmungslustig ins Genick. „Hinein ins volle Menschenleben!“ Als die Tür hinter ihm zuklappte, rümpfte er etwas die Nase. Das ist also eine Hafenkneipe?

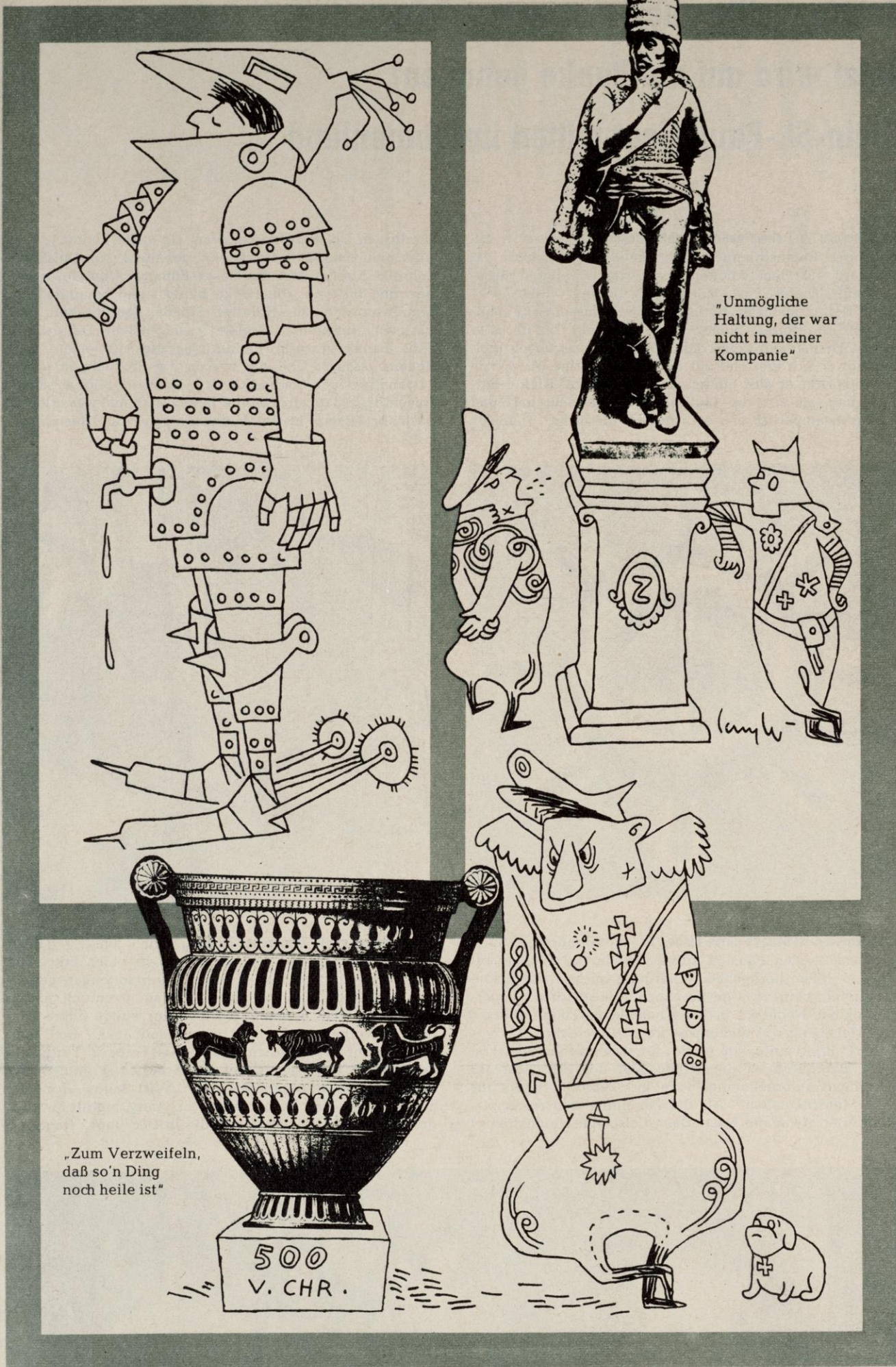


„Die Mädchen mittl - dem treuen Blickkkk, sind unser ganzes Glückkkk“, hämmerte die Musik-Box in einer Ecke. Die Mädchen mit dem treuen Blick hatten offenbar gerade alle Ausgang. Auch Matrosen, die sie eventuell hätten glücklich machen können, fehlten. Nur einige ältere Pärchen bevölkerten Stühle und Wandbänke. Die fand Benny nicht sonderlich amüsant. Als Fotograf Hoffmann dem Benny mal eben „über die Schulter schaute“, ging alles in volle Deckung. Aber der Wirt sagte: „Ich hab' nichts gegen das Fotografieren“. Benny machte wieder große Augen. „Warum gehen die in Deckung?“ fragte er.



In der nächsten Kneipe war der „Blaue Junge“ Benny schon etwas blau. Also wollte er unbedingt auch mal mit Inge tanzen. Aber er erntete nur einen etwas verächtlichen Blick — treu war der jedenfalls nicht (links). Beinahe hätte Benny sich das zu Herzen genommen. Doch dann sagte er „Schiet“ und bestellte „noch ne Lage“. Als er sie runtergeschüttet hatte, meldete er die ersten Zweifel an der Romantik des Hafenlebens. Später kam Ingges Kavalier zu ihm an die Theke. Er schlug ihn freundlich auf die Schulter und wollte einen Schnaps spendieren. Aber Benny hatte erst mal genug in seinen Kanal geschüttet.

Schon wieder einer, der sein Gesicht für sich behalten wollte. Seine Trinkgenossin war freizügiger. „Kleines Familienfoto“, schlug sie vor. Ein gutes Bier hebt die Stimmung. Benny bekam hier noch eins spendiert. Aber auch das konnte ihn nicht mit den Eigenarten des nächtlichen Hafenlebens versöhnen. Er sehnte sich schon nach seiner warmen Koje. „Beim nächsten Landurlaub geh' ich ins Kino“, sagte er. Das letzte Bier war ihm etwas schal geworden. Doch als er durch die krummen Gäßchen zur „Therese“ marschierte — breitbeinig natürlich, aber doch etwas unsicher — sang er: „Schön ist die Liebe im Hafen.“



Die Erschießung des Soldaten Slovik Fortsetzung von Seite 4

undzwanzig. Fünfzehn Monate habe ich mit meiner geliebten Frau zusammengelebt. Und jetzt machen sie mein Glück kaputt. Stecken mich in die Armee und wollen uns beide umbringen und uns alles abnehmen, was wir haben. Warum lassen sie uns nicht zufrieden, wir haben doch keinen was getan, oder doch?"

Auf einem Lastwagen wurde Slovik mit zwölf anderen fünf Stunden über die zerschossenen Straßen der Normandie geschüttelt: Mit bleichen Gesichtern, ungenügend ausgebildet, die letzten Reservisten — die Musterungsärzte hätten jeden einzelnen von ihnen ausgelacht, wenn er sich zu Beginn des Krieges freiwillig gemeldet hätte.

Zwar wehrten sich die Frontoffiziere mit Händen und Füßen gegen dieses minderwertige Soldatenmaterial, das man ihnen zum Verheizen hinschufelte: „Schickt uns keine Reservisten mehr, wir haben nicht mal Zeit, sie zu begraben!“ Aber hier rollte er wieder heran: Ersatz für die Kompanie „G“ des 109. Infanterie-Regiments der 28. Division.

In der ganzen Normandie hätte es kein grausigeres Bild für Sloviks erste Begegnung mit dem wahren Gesicht des Krieges geben können als diese Fahrt nach Elbeuf: Sieben deutsche Divisionen hatten versucht, gegen die 28. US-Division anzurennen, der amerikanische Gegenschlag hatte die 7. deutsche Armee eingekesselt, die flüchtenden deutschen Truppen waren am helllichten Tage auf die offenen Landstraßen getrieben worden, und da hatten die Raketen-geschosse der Jabos sie zu Tausenden hingemetzelt. Kilometer für Kilometer nichts als verbrannte, zerrissene, verkohlte und zerschmetterte Menschen- und Pferdeleiber rechts und links der Straße.

Als die zwölf Ersatzleute ins Kampfgebiet kamen, gerieten sie in deutsches Artilleriefeuer und gruben sich ein. In seinem Schützenloch überhörte Slovik den Befehl zum Weitermarsch. Als er seinen Kopf wieder an die Luft steckte, waren die anderen verschwunden. Auf ihn zu kamen Panzer — Kanadier. Die Kanadier nahmen Eddie mit, und sechs Wochen blieb er bei ihnen als „Mädchen für alles“: zum Reibekuchen backen, Wein einkaufen, Gefangene abtransportieren. Obwohl er seiner Einheit Meldung über seinen Aufenthalt macht, wird später vor dem Kriegsgericht dieser Anschluß an die kanadische Etappeneinheit als „erste Fahnenflucht“ bezeichnet.

Am 5. Oktober 1944 stößt Slovik bei Elsenborn in Belgien wieder zu seiner Einheit. Eddie hat es nun endgültig satt, in einem Land umherzulaufen, in dem er nichts zu suchen hat, während seine Frau zu Hause nicht weiß, wovon sie die Miete bezahlen soll. Er hat es satt, sich von Leuten beschießen zu lassen, mit denen er nichts zu tun hatte. Er hat es satt und will nach Hause. In seinen Patronentaschen trägt er sowieso seit Wochen schon nichts anderes als Schreibpapier mit sich umher: In jeder freien Minute schreibt er seiner Frau.

Der Soldat Slovik hatte einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und dem Staat gezogen. Der Staat hatte ihm Unrecht getan. Der Staat hatte mehr verlangt, als er, der Soldat Eddie Slovik, geben konnte. Er war zu nervös für die Front. Und er haßte Kanonen. Und er hatte nicht das Talent, ein Bajonett durch anderer Menschen Leib zu rammen. Mehr noch — der Soldat Eddie Slovik wagte zu behaupten, daß er mehr als alles andere auf der Welt — den Staat nicht ausgenommen — seine Frau liebte, und die neue Wohnung mit den neuen Möbeln — das einzige warme, freundliche, sichere Nest, das er jemals gekannt hatte — und den Wagen. Und daß all dies deshalb be-

sonders kostbar für ihn sei, weil er es sich eben erst im Schweiß seines Angesichtes in harten Überstunden erarbeitet hatte, er, der Junge aus der Besserungsanstalt, der als einziger von Tausenden auf den richtigen Weg zurückgefunden hatte.

Eddie Slovik wollte vor ein Kriegsgericht. Das schien ihm der sicherste Weg, so bald wie möglich nach Hause zu kommen. Er fragt einen Offizier: „Wenn ich jetzt wieder verschwinde, ist das dann Fahnenflucht?“ Der Offizier sagt ja, und eine Stunde später ist Eddie verschwunden. Am anderen Morgen taucht er bei einer Einheit in Rocherath auf und legt ein schriftliches Geständnis ab. Am Anfang und am Ende heißt es da: „Ich, Eddie Slovik, gestehe, von der US-Armee desertiert zu sein... und wenn ich wieder nach draußen muß, haue ich wieder ab!“ Und dann läßt er sich die Handschellen anlegen. Für ihn ist der Krieg zu Ende.

Wie Tausende anderer kriegsmüder Amerikaner hielt Eddie Slovik den Umweg über zwei, drei Jahre Zucht-haus für den sichersten Weg nach Hause. Sie spekulierten alle auf die Gewohnheit der amerikanischen Heeresleitung, Deserteure zwar hoch zu verurteilen, aber niemals hinzurichten. Und sie behielten alle recht. Selbst die 49 wegen Fahnenflucht zum Tode Verurteilten sind heute längst wieder frei. Nur bei einem ging die Rechnung nicht auf. Bei Eddie Slovik. Warum aber war er der einzige? Hatte er recht, wenn er sagte: „Sie erschießen mich nicht, weil ich desertiert bin, sie erschießen mich, weil ich Brot gestohlen habe, als ich zwölf Jahre alt war?“

Es läßt sich nicht leugnen: so war es. Vor dem Kriegsgericht spielten seine zivilen Vorstrafen noch keine Rolle. Die amerikanischen Kriegsgerichte kümmern sich niemals darum. Aber schon die nächste Instanz, die das Urteil bestätigen mußte, der Divisionskommandeur General Cota, stand unter dem Eindruck der Vorstrafen. Und das Urteil der letzten Instanz, General Eisenhower, stand voll und ganz im Zeichen dieses Vorstrafenregisters.

Aber genau da, wo Eddie geglaubt hatte, sein Lebenswandel würde für ihn sprechen — er hatte doch niemals wieder gestohlen, er war doch ein anständiger Kerl geworden, er geriet doch nie mehr in schlechte Gesellschaft, er war doch ein fleißiger Arbeiter geworden (bewies das eigentlich nicht genau soviel Tapferkeit, wie eine Bunkerbesatzung auszurauchern?), er hatte doch eine gute Frau gefunden, mit der er ehrlich glücklich war —, da sprach das Vorstrafenregister gegen ihn. Denn von seinem Lebenswandel wußten die Offiziere der obersten Rechtsabteilung, die Eisenhower berieten, nichts.

Sie wußten nur etwas von seinem Vorstrafenregister. Und selbst wenn sein größtes Verbrechen die „Unterschlagung“ von Süßigkeiten, Kaugummi, Zigaretten und Kleingeld im Gesamtwert von 59,60 Dollar in einem Zeitraum von sechs Monaten in einem Laden, wo er als Junge einmal als Verkäufer gewesen war, dargestellt hatte (und auch das schon war lange her) — das Vorstrafenregister sprach nur von „Unterschlagung, Diebstahl, Gefängnis, Fürsorge, Bewährungsfrist und Erziehungsanstalt“. So wurde Slovik, den sie ja nie gesehen hatten, für sie zum Prototyp eines Gewohnheitsverbrechers, eines Asozialen, eines moralisch Minderwertigen, um den es nicht zu schade war, wenn man aus ihm ein abschreckendes Beispiel machte. Im Rechtsgutachten von General MacNeil hieß es dann am Schluß: „Das ungünstige Strafregister aus seinem Zivilleben zeigt an, daß er eine Begnadigung nicht wert ist.“ Und General Eisenhower unterschrieb das Todesurteil.

Eddie Slovik schrieb seinen letzten Brief an seine Frau: „... Ich habe niemals richtig Glück in meinem Leben gehabt. Das einzige Mal, wo ich Glück hatte, war, als ich Dich heiratete. Ich habe gewußt, sie wollten mich nicht glücklich sein lassen...“

Die Hinrichtung wurde für den 31. Januar 1945, morgens 10 Uhr, angesetzt.

In seinen letzten Minuten war er noch mit dem Regimentskaplan, Father Cummings, zusammen. „Sagen Sie denen im Regiment“, bat Slovik, „daß Eddie Slovik kein Feigling war — wenigstens heute nicht. Und sagen Sie denen vom Erschießungskommando, daß ich nichts gegen sie hätte. Sie sollen nur genau zielen, damit ich mich nicht zu quälen brauche.“ Dann führten sie ihn in den Garten, fesselten ihn an den Hinrichtungspfahl und zogen ihm eine schwarze Haube über den Kopf.

Punkt 10.01 Uhr postierten sich die zwölf Männer des Erschießungskommandos. Bewegungslos und aufrecht stand Slovik. Nein, er war kein Feigling. Father Cummings spricht noch heute voll Hochachtung: „Es war an diesem Morgen der tapferste Mann im Garten.“ Ein Soldat aus dem Erschießungskommando: „Slovik hatte Mut. Ich verstehe nicht, warum ein Mann, der den Nerv hat, einem Erschießungskommando gegenüberzustehen, nicht bei uns an der Front bleiben konnte.“ Und ein Hauptmann, der als Beobachter anwesend war: „Ich werde nicht schlau aus ihm. Wenn er wirklich ein Feigling war, dann hat er es an diesem Morgen bestimmt nicht gezeigt.“ Es war nun 10.06 Uhr. Der Major gab das Kommando: „Feuer!“

Das Echo der Todessalve rollte über die schneebedeckten Hügel. Slovik hing vornüber in seinen Fesseln. Er bewegte sich noch zweimal. Nicht eine Kugel hatte in das Herz getroffen. Der Arzt stellte noch ein leichtes Zittern des Körpers fest, noch Herztöne. Der Major ließ die zwölf Gewehre noch einmal durchladen. Aber bevor der Major den zweiten Feuerbefehl geben konnte, winkte der Arzt ab.

Rechts: Wilhelm-Leuschner-Schule
 Unten links: Der Unterricht hat bereits begonnen
 Unten Mitte: Willi Richter spricht zur Eröffnung der Wilhelm-Leuschner-Schule
 Unten rechts: Georg Reuter bei der Eröffnung der Carl-Legien-Schule



Arbeitsschulen in Berlin

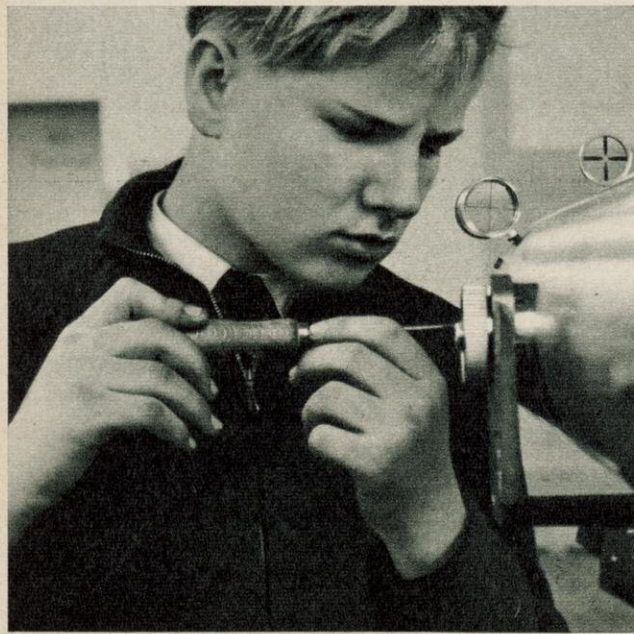
In den letzten Wochen sind bald nacheinander zwei neue Schulen in Berlin auf die Namen bekannter Gewerkschafter eingeweiht worden. Die Gewerbliche Berufsschule in der Boddinstraße, Neukölln, trägt den Namen Carl Legien; eine neue Oberschule in der Spandauer Blumenstraße, für die der DGB die Patenschaft übernahm, heißt nach Wilhelm Leuschner.

Leuschner, Gewerkschafter und Widerstandskämpfer, gehört zu den Blutzeugen des 20. Juli 1944. Im Herbst desselben Jahres wurde er in Berlin-Plötzensee durch den Strang hingerichtet.

Carl Legien hat sein ganzes Leben dem Aufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung gewidmet. Zu Beginn seiner Arbeit zählte der ADGB 265 000 Mitglieder, als er starb, waren es acht Millionen.

In Berlin erinnert man sich an ihn als den Mann, der 1920, als der Kapp-Putsch ausbrach und die Regierung bereits geflohen war, den Generalstreik ausrief und so die Republik rettete.

Wir besuchten die Carl-Legien-Schule in Neukölln, die Anfang Dezember eingeweiht wurde. Noch sind die Hand-



werker in einem Flügel des neuen Gebäudes an der Arbeit, aber der Lehrbetrieb ist längst aufgenommen. Während des Krieges brannte die Schule aus, und der Unterricht mußte in ein anderes Haus verlegt werden. „Wir sind sehr froh, endlich in den eigenen vier Wänden zu sein“, erklärt Direktor Putzier, Arbeiterlehrer seit 1926 und alter Gewerkschafter. Natürlich fehlt noch manches. Auf Aula und Turnhalle mußte man verzichten, um Raum für die sieben Lehrwerkstätten zu schaffen, von denen drei bereits arbeiten. Zu eng ist es dennoch, 2000 Schüler sind zuviel. Ostern werden es 2500 sein. Auch in den 21 Klassen wird in Schichten von 8 bis 19 Uhr täglich durchgehend unterrichtet. Hier werden zunächst alle schulpflichtigen männlichen Jugendlichen aus den drei Stadtbezirken Neukölln, Tempelhof und Kreuzberg eingeschult, auch wenn ein Teil von ihnen später an andere Schulen abgegeben wird.

Die Carl-Legien-Schule liegt in einem Arbeiterbezirk, sie ist auch eine Arbeiterschule. Hier können alle Jungen, die keine Lehrstelle haben, ihre Kenntnisse vervollkommen. Die Arbeitslosen unter ihnen, für die besondere Klassen eingerichtet wurden, kommen täglich. Die anderen, die als Ungelernte ihr Geld verdienen, haben nur einmal wöchentlich Schule. Beide Gruppen haben die Hälfte der Stunden theoretischen Unterricht, die übrige Zeit arbeiten sie in der Werkstatt. Oft wählen die Jungen bewußt ein anderes Fach, um noch dazulernen. So geht vielleicht der Metallarbeiter gerade in die Tischlerei und umgekehrt. Augenblicklich gibt es an der Schule Abteilungen für Holz, Metall, Gartenbau, Siedeln, Elektro und Transport; Bau soll bald folgen. Die Stadt Berlin beschult Ungelernte bereits seit 1910. In der Bundesrepublik dagegen bleibt noch heute ein Drittel dieser Jungen ohne jeden Unterricht. „Wir wollen unsere Schüler zu verantwortungsbewußten und vollwertigen Menschen und Staatsbürgern erziehen“, erklärt der Direktor. „Sie sollen

Gelegenheit bekommen, einen beruflichen Standort zu finden, ohne einspurig zu sein, so daß sie sich auch in andere Gebiete einarbeiten können. Ich glaube sogar, daß unsere Schulform die der Zukunft ist. Denn wie die Maschine das Handwerk verdrängte, wird mit zunehmender Technisierung — besonders bei friedlicher Nutzung der Atomkraft — die Zahl der Angelernten in der Industrie zunehmen.“

Die Mehrzahl der Jungen kommt aus sozial schlechten Verhältnissen, die Wohnungsnot ist zum Teil katastrophal. So mancher hat kein eigenes Bett. Eine Untersuchung ergab, daß in fünfzig von hundert Fällen der Vater zehn Jahre aus der Familie weg war. Und oft muß die Mutter noch heute die Kinder nicht nur allein erziehen, sondern auch ernähren. Die besondere Lage Berlins mit seiner ständigen Arbeitslosigkeit macht das Problem noch größer.

Die Auswirkungen auf den Unterricht sind unvermeidlich, zumal die Schüler jede Gelegenheitsarbeit nehmen, aber auch ebenso schnell wieder verlieren, was jedesmal einen Klassenwechsel mit sich bringt. Was trotz dieser starken Fluktuation vom Lehrpersonal an kontinuier-



licher Arbeit geleistet wird, bleibt erstaunlich. Die Arbeiten der Klassen beweisen es.

Aber man will die Jungen auch außerhalb der Schulstunden sinnvoll beschäftigen und von der Straße bringen. Eine Fotogruppe und ein Modellbaukurs haben guten Anklang gefunden. Auch ein Klubzimmer wollen sich die Jungen einrichten. Sie hoffen sehr, daß ihnen jemand dazu das nötige Geld für das Material spendet. Hier wäre eine Aufgabe für die Berliner DGB-Jugend. Zwar hat die Mehrzahl der Schüler wenig politisches Interesse, obwohl ihre Lage sie dazu zwingen sollte. Aber es müßte sich lohnen, hier einen Wandel zu schaffen, zu dem der Name der Schule eigentlich verpflichtet.

Auf der Einweihungsurkunde stehen die Worte Carl Legiens, die auch das Motto für die Arbeit der Schule sind:

„Wir aber wollen, daß beides, Brot und Freiheit, die Arbeiter in unserem Lande finden.“

Dazu wollen wir helfen“, sagt Kollege Putzier.

G. Schoenberger

Spatendrill

Knapp drei Jahre ist es her, daß aus Schleswig-Holstein der Ruf nach einem Arbeitsdienst erscholl. Gerade in diesen Tagen wird dieser Ruf erneuert — nicht laut, aber

immerhin, die Presse wußte, was solcher Ruf wert ist und brachte es mit der vielsagenden Überschrift: „Das Neueste aus Schleswig-Holstein.“

Der Rufer oder Streiter für Spatendrillmethoden ist diesmal ein neuer — wenn auch nicht unbekannter — Mann, Herr Dr. Beer, der Landesvorsitzende des Blocks junger Deutscher. Er hat vor einigen Monaten gerade die Verantwortung für das Referat „Jugendaufbauwerk“ in Schleswig-Holstein, Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene, abgelegt; da klingt die alte Forderung seines Parteivorsitzenden, des Ministers Oberländer, wieder auf. Daß die Sache mit dem Arbeitsdienst nicht so rosig aufgenommen wird, weiß auch Dr. Beer, und so tut er das, was bisher noch keiner wagte. Er weiß, daß die deutsche Jugend sich nicht so leicht noch mehr Zeit für ideellen Einsatz wegnehmen läßt. Daher wird diesmal auch Tariflohn gefordert. Leider ist nicht gesagt, wie hoch der Tariflohn liegen und wer wohl mit der Gewerkschaft die Lohnverhandlungen führen soll. Aber vorher soll noch einmal das wiederholt werden, was unsere Gewerkschaftsjugend schon immer zwischen Nord- und Ostsee gesagt hat: Nicht Spatendrill, sondern vernünftige Lehr- und Arbeitsplätze für unsere Jugend sind nötig. Sie sind die Forderung der Gewerkschaftsjugend.

Wenn sich in vielen Berufsgruppen schon seit Jahren ein Nachwuchsmangel zeigt, so sind andere Wege notwendig, um den restlichen Teil der arbeitslosen Jugend in das Wirtschaftsleben einzugliedern.

Dr. Beer vertritt die Ansicht, der Arbeitsdienst dürfe nicht an dem Einwand scheitern, daß man jungen Menschen nicht zumuten könne, einmal ein halbes Jahr in einer ordentlichen Baracke irgendwo im Lande für das Wohl des ganzen Volkes zu arbeiten.

Nun sehen wir die Gefahr des Arbeitsdienstes in der Unterbrechung der Berufsausbildung. Das gilt auch für den Wehrdienst. Wir meinen also, man kann der berufstätigen Jugend nicht immer und immer wieder zumuten, die Fehler der Vergangenheit allein zu tragen.

Es gibt andere und bessere Wege für die soziale Hilfe der berufstätigen Jugend.

Tarifverhandlungen in Sachen Arbeitsdienst werden daher nicht geführt, weil es auch „ohne“ geht.

Gerhard Dachrodt



Der Rütli - Schwur in der Paulskirche

„... sah man in der Paulskirche eine in personeller Zusammensetzung im Nachkriegsdeutschland beispiellose Versammlung... In knapp 100 Minuten sprachen sieben Redner, wobei kein einziges Mal der Name einer Partei oder einer Organisation fiel. Man sprach, was die Lautstärke anbetraf, gedämpfter als sonst auf politischen Kundgebungen, doch man sprach in der Sache ungemein scharf... Dann sprach ein evangelischer Pastor, ein unbekannter junger Mann von 27 Jahren. Schmal, blaß und leise, wirkte er doch derartig aggressiv, daß das Echo auf seine Worte alle Beifallsrekorde des Tages brach...“ „Süddeutsche Zeitung“

Beschlüsse

Einen Volksentscheid über die Frage der deutschen Wiederbewaffnung fordert die gewerkschaftlich organisierte Jugend in Südwestdeutschland in einer Entschliebung, die auf der zweiten Landesbezirks-Jugendkonferenz des DGB-Bezirks Baden-Württemberg in Stuttgart gefaßt wurde.

Die Landesbezirkskonferenz des DGB Hessen hat am 30. Januar in einer Entschliebung den Landesvorstand beauftragt, ein Volksbegehren über einen Wehrbeitrag herbeizuführen. Ferner soll der DGB-Bundesvorstand in allen Bundesländern Volksbegehren veranlassen, in denen diese verfassungsrechtlich möglich sind.

Die Landesbezirkskonferenz Rheinland/Pfalz des DGB faßte am 22. Januar eine Entschliebung, in der ein Wehrbeitrag unter den jetzigen Umständen scharf abgelehnt wird. Der Welt müsse bewiesen werden, so heißt es in der Entschliebung, daß der DGB nicht gewillt sei, die Politik der Wiederaufrüstung kampfflos hinzunehmen.

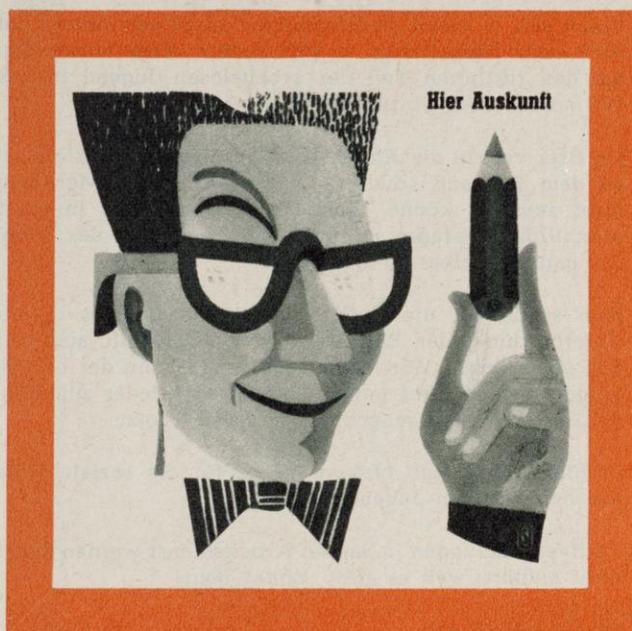
Liebe Freunde!

Das Echo auf meinen Vorschlag in Nr. 2 ist noch nicht sehr groß. Erst acht Leser haben mir deswegen geschrieben und sich bereit erklärt, mit einer kleinen monatlichen Spende wenigstens einem jungen Menschen aus Afrika, Arabien oder Asien zu einer gründlichen technischen oder wissenschaftlichen Ausbildung in Europa zu verhelfen. Ich muß euch also noch einmal auf diesen meinen Vorschlag aufmerksam machen. Und ich muß euch bitten, mit euren Freunden darüber zu sprechen. Schreibt mir bitte bald.

Freundliche Grüße, Thomas

Heimlichkeiten

Karin Richter in Frankfurt a. M. möchte Antwort haben auf eine uns nicht ganz neue Frage: „... wir verstehen uns ausgezeichnet. Er ist zwar sechs Jahre älter als ich, aber das ist wohl nicht zuviel. Jedenfalls würde ich ihn ohne Bedenken heiraten, wenn wir es uns schon leisten könnten. Meine Eltern aber lehnen ihn ab. Mein Vater sagt, mein Freund habe keine Position. Ich darf ihn nicht



in meine Familie einführen. Ständig müssen wir uns heimlich treffen...“

Müßt ihr das wirklich, Karin? Ich weiß nicht, ob Du schon ein ernst zu nehmendes Alter erreicht hast — wenn es so ist, dann würde ich alle Heimlichkeiten beiseite lassen und mich offen zu ihm bekennen. Du mußt versuchen, Deinen Eltern klarzumachen, daß Du Dir den Lebenspartner selbst zu suchen wünschst. Wenn Du ihn gefunden hast, solltest Du zwar gut gemeinte Ratschläge der Eltern gründlich durchdenken. Aber Du mußt nach Deinem eigenen Gefühl und nach Deiner eigenen Überzeugung handeln, wenn sich keine Übereinstimmung ergibt.

Lehrmittelfreiheit in der Sowjet-Union?

Wir diskutieren schon seit einiger Zeit über diese Frage. Hier sind zunächst noch einige Zeilen aus dem Brief, den uns Helmut Klier in Düsseldorf dazu geschrieben hat: „In der Sowjet-Union beziehen über 80 v. H. der Studierenden ein Stipendium von etwa 200 bis 600 Rubel je Monat... An Mieten haben diese Studenten fünfzehn Rubel monatlich zu zahlen, wozu nach meinen sorgfältigen Erkundigungen noch andere Vergünstigungen kommen.“

Ich weiß, daß die Behauptung, 80 v. H. der sowjetischen Studenten bekämen Stipendien, einfach nicht stimmt. Davon unabhängig möchte ich jedoch daran erinnern, daß die ursprüngliche Frage lautete: „Gibt es in der Sowjet-Union Schul- und Studiengeldfreiheit?“ Das ist eine klare Frage. Und meine klare Antwort lautet auch jetzt noch: Nein. Und nun lest bitte noch das in der letzten Nummer versprochene Kurz-Interview. Ich habe mit unserem Freund Wolfgang Leonhard gesprochen, der von 1935 bis 1945 in der Sowjet-Union gelebt hat und von 1945 bis 1949 in Ostberlin. Damals hat er sich vom Stalinismus getrennt, bekennt sich jedoch heute noch zum Sozialismus.

Frage: Du hast in Moskau studiert?

Antwort: Ja, etwa zwei Jahre auf der Moskauer Staatlichen Pädagogischen Hochschule für Fremdsprachen, später noch auf einem Lehrerinstitut in Karaganda.

Frage: Wurden Studiengebühren erhoben?

Antwort: Bis zum 2. Oktober 1940 nicht. An diesem Tag wurde jedoch schlagartig Schul- und Studiengeld eingeführt. Viele meiner Freunde mußten damals ihr Studium abbrechen, weil sie nicht zahlen konnten.

Frage: Wurden auch die Unterstützungsbeihilfen abgeschafft?

Antwort: Der größte Teil. Lediglich Studenten mit den besten Noten — in der SU werden die Arbeiten der Studenten wie in der Schule mit Zensuren bedacht — erhielten nun Stipendien. Die wohlhabende Partei- und Staatsbürokratie schuf sich damals auf diese Weise ein umfangreiches Bildungsprivileg.

Frage: Wie sieht es heute mit den Stipendien in der SU aus?

Antwort: Ich habe darüber zurzeit keine genauen Informationen. Ich halte es jedoch für möglich, daß seit Stalins Tod das Bildungsprivileg der Bürokratie gelockert wurde und die Zahl der Stipendien erheblich gestiegen ist.

Gegen Wiederaufrüstung

Für die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit

Wir bringen nachstehend Teile aus den Reden, die bei der großen Kundgebung gegen Kommunismus und Nationalismus am 29. Januar in der Paulskirche gehalten wurden.

Aus der Rede von Professor Dr. Alfred Weber

„Was bieten die Russen an? — Verhandlungen über die Wiedervereinigung, in die sich neben den Westmächten auch Westdeutschland nach ihrem Vorschlag einschalten sollte, in denen sie für das wiedervereinigte Deutschland eine nationale Verteidigungsarmee vorsehen. Was wohl heißen soll, eine Armee ohne die ABC-Waffen, die auch nach den Pariser Verträgen für uns ausgeschlossen sein sollen. Ein politisch gänzlich freies Deutschland, das nur keine militärischen Bündnisse eingehen darf und das für das Einhalten beider Bedingungen in kollektive Sicherheitsverträge eingefügt werden soll. Ein Deutschland, das aus freien Wahlen hervorgehen soll, die unter Kontrolle vor sich gehen sollen, wobei sich die Russen von vornherein mit jeder Art der Kontrolle einverstanden erklären, über die die Deutschen sich selber verständigt hätten. Wobei diese Wahlen — der einzige etwas bedenkliche Punkt — unter »Berücksichtigung« der Wahlgesetze der beiden heutigen Teile Deutschlands für die Aufstellung der Kandidaten und Wahllisten vorzunehmen wären.“

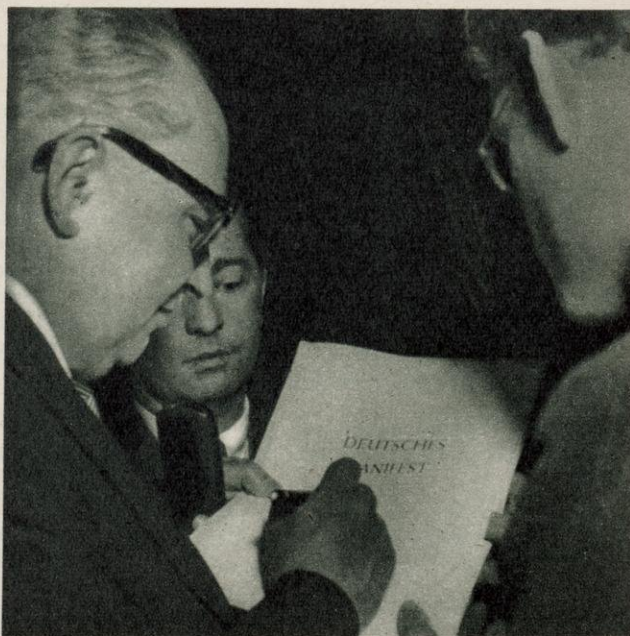
Alles in allem ist das russische Angebot so, daß es als Unterlage von Verhandlungen alles konzediert, was man vernünftigerweise als gesunde Grundlage für solche verlangen kann — wenn man überhaupt verhandeln und zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen will.“

Aus der Rede von Georg Reuter

„Die Frage der Wiederaufrüstung ist — darüber sollten wir uns alle klar sein — von so großer und schicksalhafter Bedeutung für jeden einzelnen Menschen, daß man diese Entscheidung nicht in die Hand von fünfhundert Abgeordneten legen kann.“

Ob Bundestag und Bundesrat befugt sind, die Entscheidung endgültig für das ganze Volk zu treffen, können nach meiner Auffassung auch nicht die Verfassungsrichter oder die Verfassungsgerichte nach dem Buchstaben des Grundgesetzes entscheiden. Bei der Frage der Wiederaufrüstung handelt es sich nicht um eine kleine oder große Steuerreform, um die Zweckmäßigkeit oder die Berechtigung der Bildung von Kartellen oder um ähnliche oder gleichrangige Gesetze, sondern eben um die bedeutendste Frage unserer Nation für die Zukunft.

Die Wahl des zweiten Bundestages und der durch ihn gewählten Bundesregierung war mit dieser wichtigen Frage nicht verbunden. Insofern können Bundesregierung und Bundestag auch aus dem Wahlergebnis des 6. September 1953 nicht die Berechtigung ableiten, unser Volk habe in dieser Frage bereits eine Entscheidung getroffen. Um aber nicht mißverstanden zu werden, möchte ich klar und eindeutig sagen: Dies können weder die Anhänger noch die Gegner der Pariser Verträge behaupten. Bundesregierung und Bundestag wären nach meiner Auffassung gut beraten, und sie leisten unserem Volke einen großen Dienst, wenn sie sich dazu verstehen könnten, die Entscheidung dieser Frage in die Hände des Volkes selbst zu legen. Gestützt auf eine Entscheidung des ganzen Volkes, hätten Bundestag und Bundesregierung das klare und vertretbare Mandat, eine Entscheidung über die Pariser Verträge zu treffen.“



Aus der Rede von Professor D. Helmut Gollwitzer

„Es geht in dieser Stunde weder um Wahlstimmen für die SPD, noch um das gewerkschaftliche Mitbestimmungsrecht, noch um ein konfessionelles Interesse, sondern genau um das, wovon in dem nachher zu verlesenden Manifest die Rede ist. Verschieden denkend in vielen anderen Fragen stehen wir, die wir in der heute zu verhandelnden Frage im wesentlichen einig sind, in voller Freiheit nebeneinander. Wer unser Wort für ein heute notwendiges Wort hält, sollte darum nicht durch Abneigung gegen eine Partei oder eine Person sich hindern lassen, seine Zu-

stimmung auszudrücken.“ Der »deutsche Teig« muß zur deutschen Unruhe werden. Nur die Unruhe der Deutschen kann die Besatzungsmächte davon überzeugen, daß ohne die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit eine Regelung der europäischen Probleme unmöglich ist, weder die europäische Einigung noch auch die Befriedigung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses. Insofern ist unsere Aktion auch nicht gegen die Bundesregierung gerichtet. Versteht sie ihre Aufgabe recht, dann kann ihr diese Unruhe die Möglichkeit geben, mit Berufung auf sie bei den befreundeten Regierungen des Westens die Verweigerungen und Forderungen zu begründen, die unvermeidlich sein werden.“

Aus der Rede von Professor Dr. J. Hessen

„Die mit christlichem Pathos auftretende Politik erscheint heute vielen ernstesten Christen als eine lebensgefährliche Vereinfachung und verhängnisvolle Selbsttäuschung. Im Hinblick auf die Weihnachtsbotschaft des Papstes muß die Frage erlaubt sein, ob nicht in der sogenannten Integrationspolitik und ihrer bis jetzt ständigen Bevorzugung gegenüber der deutschen Wiedervereinigung und einer erstrebenswerten kollektiven Sicherheit eine letzten Endes traditionelle macht- und militärpolitische Blockpolitik steckt, die im Zeitalter der atomaren Kriegsführung und der weltpolitischen Spannungen unter allen politischen Methoden die geringste Aussicht hat, den Frieden zu wahren und eine unvorstellbare Katastrophe zu verhindern.“

Aus der Rede von Dr. Gustav Heinemann

„Niemand von uns nimmt die Krise leicht, die durch Ablehnung der Pariser Verträge entstehen wird. Aber diese Krise erscheint uns als das kleinere Unglück im Vergleich zu der Katastrophe, die eine Versteinerung der deutschen Teilung auf unabsehbare Zeit für uns und für Europa bedeuten wird. Die westdeutsche Aufrüstung ist kein Weg zur Wiedervereinigung und zur Gestaltung Europas. Wenn man sagt, daß allein schon ihre Planung die Sowjets zu Angeboten veranlasse, so ist das nur dann redlich, wenn man bereit ist, diese Aufrüstung jederzeit, auch jetzt sofort, für die Wiedervereinigung einzusetzen, also aus ihr keine Bastion deutscher Wirtschaftswunderkinder werden zu lassen. Was uns am meisten an solcher Bereitschaft zweifeln läßt, ist die Überhöhung der Kanzlerpolitik zu einer Politik der »christlichen Einheitsfront«. Sieht man wirklich nicht, daß die dominierende Weltanschauung unter uns nur aus den drei Sätzen besteht: Viel verdienen — Soldaten, die das verteidigen — und Kirchen, die beides segnen?!“

Aus der Rede von Erich Ollenhauer

„Die entscheidende Aufgabe der Demokraten und die einzig wirksame Antwort der freien Welt auf den kalten Krieg der Sowjet-Union ist eine umfassende, in sichtbaren Leistungen zum Ausdruck kommende Politik der Überwindung der nationalen und sozialen Nöte der bedrohten Völker durch die Demokratie. So müssen wir auch in der deutschen Frage die Sowjets beim Wort nehmen. Wir müssen in direkten Verhandlungen klarstellen, ob es eine für die freien Völker und für das deutsche Volk annehmbare Lösung dieses wichtigen Problems gibt. Allein schon eine entschlossene, vom



guten Willen getragene Initiative in dieser Richtung wäre ein Erfolg für die Sache der Demokratie und der Freiheit in der Welt. Die Völker erwarten in ihrer Sehnsucht nach Frieden und sozialer Sicherheit, daß die Demokratien die Führung im Kampf um eine neue, vernünftige und menschenwürdige Ordnung in der Welt übernehmen. Die Güte unserer Sache, die Größe unserer friedlichen Möglichkeiten verbürgen den Erfolg.“

Foto links: Erich Ollenhauer. Rechts: Professor Helmut Gollwitzer